

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie** der Stadt Burgdorf am **08.03.2021** im Veranstaltungszentrum StadtHaus, Sorgenser Str. 31, 31303 Burgdorf

18.WP/A-JuF/027

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 19:56 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:55 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 20:05 Uhr

Anwesend: Vorsitzende

Gersemann, Christiane

Mitglied/Mitglieder

Hinz, Arne
Meinig, Birgit
Neitzel, Beate
Nijenhof, Rüdiger

Grundmandatar/e

Braun, Jens

Stimmberechtigtes Mitglied

Scher, Olaf
von Oettingen, Gero

stellv. stimmberechtigte Mitglieder

Gundlach, Jan

Vertretung für Andreas Härtel

Beratende/s Mitglied/er

Bruns, Andrea
Gebbe, Norbert, Dr.
Gohla, Horst
Kugel, Michael
Niemann, Jens
Ruhkopf, Susanne
Vasterling, Benjamin

Gast/Gäste

Härtel, Andreas
Honnens, Michael
Paul, Annika

- Vertreter der Elterninitiative -, zu TOP 6/6.1
- stellvertretende Leitung der Kita Weststadt -

Verwaltung

Mikoleit, Heidi
Peest, Thomas
Pollehn, Armin
Szramka, Monika

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 18.01.2021
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 3.1. Projekt „Die 2. Chance“ für schulverweigernde Kinder und Jugendliche
Vorlage: M 2020 1361
- 3.2. Projektmanagement: Berichte Hochbauprojekte per 4. Quartal 2020 und Vorstellung der regelbasierten Ampelsteuerung
Vorlage: M 2021 1483
4. Bedarfsplanung für die Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege in der Stadt Burgdorf 2021
Vorlage: BV 2020 1435
5. Kurz- und mittelfristige Maßnahmen zur Personalgewinnung und -bindung in Kindertagesstätten
Vorlage: BV 2021 1515
6. Anschaffung von mobilen Luftreinigern für Kitas und Schulen
Vorlage: M 2020 1406/4
- 6.1. Anschaffung von Luftreinigern für Kindertageseinrichtungen, Antrag gem. Geschäftsordnung der Fraktion FreieBurgdorfer und der WGS-Fraktion vom 21.02.2021
Vorlage: A 2020 1406/5
7. Schwimmkompetenz stärken, Antrag gem. Geschäftsordnung der SPD-Fraktion vom 21.02.2021
Vorlage: A 2021 1521
8. "Zuhause sicher" Antrag gem. Geschäftsordnung der Fraktion Freie Burgdorfer vom 15.01.2021.
Vorlage: A 2021 1523
9. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
10. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

./.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Gersemann eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie die heutigen Gäste, die sich zu TOP 6/6.1 eingefunden haben.

Entschuldigt haben sich die Stadtkitabeiratsvorsitzende Frau Müller, Frau Birgin, Frau Lehrke-Ringelmann, Herr Winnen und Herr von Tiling.

Die Tagesordnung wird um einen vertraulichen Teil ergänzt. Der Ausschuss stimmt der geänderten Tagesordnung zu.

Die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

Frau Gersemann richtet ein großes Dankeschön an den ausscheidenden Vertreter der Jugendverbände, **Herrn Härtel**. Seine zurückhaltende, aber stets engagierte Arbeitsweise habe den Ausschuss bereichert. Seine Arbeit sei stets von Sachverstand, Herz und Erfahrungen aus der Praxis der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen geprägt gewesen.

Herr Härtel bedankt sich seinerseits für das Vertrauen des Ausschusses und die jahrelange konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Er ermuntert den Ausschuss, diese Arbeitsweise fortzusetzen und auch schwierige Entscheidungen zu treffen. Seinem Nachfolger, Herrn Gundlach, wünsche er ein „gutes Händchen“ bei der Arbeit im Ausschuss und einen positiven Effekt für die Kinder und Jugendlichen.

Herr Nijenhof bittet im Rahmen eines Antrages zur Geschäftsordnung darum, die Tagesordnung um den Punkt „Punktesystem für die Kita-Platzvergabe“ zu ergänzen. Der Rat habe bereits im vergangenen Jahr einstimmig beschlossen, dieses System einzuführen. Seiner Ansicht nach hätte dieses bereits für das Kita-Jahr 2021/2022 gelten und in der heutigen Sitzung vorgestellt und beschlossen werden müssen. Insofern werfe er der Stadt Organisationsversagen vor. Er habe bereits eine Erarbeitung des möglichen künftigen Systems vorgenommen, die er vorstellen könne.

Herr Kugel weist darauf hin, dass das Verfahren für die Vergabe der Kita-Plätze 2021/2022 bei Beschluss des Rates schon zu weit fortgeschritten gewesen sei. Es habe für ihn kein Zweifel bestanden, dass das System erst für das Jahr 2022/2023 greifen solle. In der heutigen Sitzung könne der Punkt nur aufgenommen werden, wenn sich eine 2/3-Mehrheit fände und der Fall dringlich sei. Dies sei aus seiner Sicht nicht gegeben.

Frau Neitzel gibt zu Protokoll, dass sich ihre Fraktion mit dem Thema nicht beschäftigt habe, da sie keine entsprechende E-Mail von Herrn Neitzel erhalten habe. Es werde daher eine Enthaltung erfolgen.

Frau Meinig betont, dass das Thema äußerst wichtig sei. Die Platzvergabe für dieses Jahr sei aber so gut wie gelaufen. Auch ihre Fraktion habe sich mit dem Thema noch nicht beschäftigt und der Punkt könne daher frühestens in der nächsten Sitzung behandelt werden.

Herr Kugel regt an, das von Herrn Nijenhof ausgearbeitete Konzept zunächst noch mit Frau Müller abzustimmen. Es müsse auch aus Sicht der Praxis akzeptabel und handhabbar sein.

Herr Nijenhof fordert eine Abstimmung über seinen Antrag.

Frau Gersemann bittet um Abstimmung. Der Ausschuss lehnt den Antrag bei einer Ja-Stimme ab.

2. **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 18.01.2021**

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie vom 18.01.2021 wird **einstimmig** genehmigt.

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

a) **Herr Peest** teilt mit, dass das Online-Anmeldeverfahren für die Kindertagespflege freigeschaltet worden sei. Durch mehrere Pressemitteilungen und Veröffentlichung im Rahmen des Newsletters des Familienservicebüros sei dieses beworben worden. Der Erfolg habe sich bereits eingestellt: 10 Papieranmeldungen und online bereits 16 Anmeldungen seien eingegangen.

b) **Herr Nijenhof** fragt an, ob die Eröffnung des Familienzentrums und der Kita-Süd gefährdet sei oder es Verzögerungen gebe. Er sehe derzeit keine Bauaktivitäten.

Herr Kugel antwortet, dass ein aktualisierter Terminplan noch nicht vorläge. Dem Ausschuss werde umgehend berichtet, sobald dieser vorliege.

c) **Herr Nijenhof** möchte wissen, wann mit dem Baubeginn der Kindertagesstätte St.-Nikolaus zu rechnen sei.

Herr Dr. Gebbe berichtet, dass die Kick-off-Veranstaltung am 09.02.2021 stattgefunden habe. Das Verfahren beginne nun mit den Planungen. Dabei sei statt einer 4-zügigen nun eine 5-zügige Kita angedacht. Ende 2021/Anfang 2022 werde voraussichtlich mit den Bauarbeiten begonnen.

d) **Herr Gohla** informiert über die Aktivitäten der Jugendpflege. Der Ferienkompass für die Osterferien sei nun online. Der Skaterplatz sei wieder benutzbar. Das Projekt „Pimp your town“ müsse noch aufgeschoben werden. Der Literaturwettbewerb sei coronabedingt bis Juli 2021 verlängert worden. Die Juleica-Lehrgänge fänden derzeit online statt. Die aufsuchende Arbeit finde weiterhin statt und sei auf Tätigkeiten im Freien mit entsprechendem Abstand beschränkt.

Im JohnnyB. werde Individualsport angeboten, da der Bewegungsdrang der Kinder und Jugendlichen sehr hoch sei. Mit Anmeldung und einer Höchstdauer von 30 Minuten sei man hier gut aufgestellt. Auch die Möglichkeit der Wahrnehmung von Home Schooling-Unterricht im JohnnyB. werde geboten, da einige Kinder und Jugendlichen daheim keine entsprechende technische Möglichkeit hätten.

Im Haus der Jugend Ehlershausen sei das Büro saniert worden. Frau Luschei biete zudem einen sogenannten Beratungskiosk an.

Im Südstadt-Bistro habe das Seilgarten-Projekt fertiggestellt werden können. Ab Juni 2021 seien Einzelveranstaltungen dazu geplant.

Das FaN-Haus in Otze werde von den Kindern und Jugendlichen wieder gut besucht.

3.1. Projekt „Die 2. Chance“ für schulverweigernde Kinder und Jugendliche Vorlage: M 2020 1361

Herr Niemann erläutert zu der Mitteilungsvorlage, dass die Verwaltung sich im Februar 2021 an die Region Hannover gewandt habe, um eine Realisierung des Projekts hinsichtlich der Berücksichtigung der Kosten im Jugendhilfekostenausgleich für die Stadt Burgdorf bzw. die regionsangehörigen Kommunen mit eigenem Jugendamt zu erreichen. Eine Rückmeldung sei noch nicht erfolgt.

Frau Gersemann macht darauf aufmerksam, dass eine Beantragung der Berücksichtigung erst wieder in 2023 möglich sei, da die entsprechende derzeitige Vereinbarung noch bis 2023 gelte. Sie halte es für eine große Ungerechtigkeit, dass die Kommunen mit eigenem Jugendamt keine Berücksichtigung fänden und befürworte das Anschreiben der Stadt Burgdorf.

Herr von Oettingen betont die Wichtigkeit des Anliegens und bittet darum, entsprechenden Druck von Seiten der Stadt Burgdorf auszuüben.

3.2. Projektmanagement: Berichte Hochbauprojekte per 4. Quartal 2020 und Vorstellung der regelbasierten Ampelsteuerung Vorlage: M 2021 1483

Frau Gersemann fragt nach, wie viel Zeitverlust mit den Nacharbeiten für das Familienzentrum Süd verbunden sei.

Herr Kugel bittet um Geduld, bis der aktualisierte Zeitplan vorliege.

4. Bedarfsplanung für die Kindertageseinrichtungen und die Kinderta-

gespflge in der Stadt Burgdorf 2021

Vorlage: BV 2020 1435

Herr Peest erläutert die Bedarfsplanung und ergänzt, dass die neueste Planung für die St.-Nikolaus-Kita fünf Gruppen beinhaltete und zu gegebener Zeit in der Kita-Bedarfsplanung Berücksichtigung finde.

Herr Kugel erläutert, dass die Ortsratssitzung Ramlingen-Ehlershausen vom 28.01.2021 aufgrund des Infektionsgeschehens abgesagt worden sei. Er zitiert aus einem Schreiben der Ortsbürgermeisterin, **Frau Meinig**, vom 07.03.2021, in dem diese von ihrem Anhörungsrecht gemäß § 182 Absatz 2 Satz 1 Nr. 7 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) Gebrauch gemacht und erklärt habe, dass seitens des Ortsrates Ramlingen-Ehlershausen zur Bedarfsplanung für die Kindertagesstätten und die Kindertagespflge keine Bedenken bestünden.

Frau Gersemann bittet um Abstimmung. **Einstimmig** ergeht folgender empfehlender

Beschluss:

In Fortschreibung der Bedarfsplanung für die Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflge in der Stadt Burgdorf 2019 (Vorlage BV 2018 0730) werden das vorhandene Angebot an Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflgeplatzen sowie der Bedarf und der weitere erforderliche Ausbau gem. den Anlagen zu dieser Vorlage festgestellt.

Die im Entwurf der Bedarfsplanung für die Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflge 2021 aufgeführten Maßnahmen werden beschlossen.

Eine Ausfertigung der Bedarfsplanung für die Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflge 2021 wird zum Bestandteil des Originalprotokolls erklärt.

5. Kurz- und mittelfristige Maßnahmen zur Personalgewinnung und -bindung in Kindertagesstätten

Vorlage: BV 2021 1515

Herr Peest erläutert die Vorlage.

Herr Pollehn fügt an, dass der Rat vor langer Zeit beschlossen habe, Maßnahmen zu ergreifen, um eine familienfreundliche Stadt weiter zu entwickeln. Aus diesem Grund müsse das vorliegende Konzept unabweislich vorangetrieben werden. Der Schwerpunkt der Arbeit von Kindertagesstätten müsse auf der pädagogischen Arbeit liegen. Beim Aufbau neuer Einrichtungen müsse dies genauso bedacht werden wie bei der Anpassung der älteren Einrichtungen. Die Personalsituation sei hier zahlenmäßig erheblich angestiegen, was eine Neuausrichtung erfordere. Man müsse ebenso die Ausbildungssituation bedenken, die nicht mehr adäquat sei. Für ein pädagogisches Konzept, das von vielen Eltern gefordert sei, müsse auch gut ausgebildetes Personal bereitgehalten werden. Die Vergütung in der Ausbildung sei ein wichtiger Baustein, um den Beruf interessanter zu machen. Wichtig sei eine einheitliche Ausgestaltung der Bedingungen. Der Bereich bedarf einer besonderen Unterstützung durch die Politik.

Lüftungspause: 18.00-18.15 Uhr

Herr Nijenhof verweist auf seine Fragestellung aus einer Sitzung im September 2019. Dazu habe die Verwaltung vormals mitgeteilt, dass statt einer Springerstelle für jede Gruppe (Größenordnung der Gesamtkosten: Minus 130.000 € gegenüber dem damaligen Status Quo) eine zusätzliche Fachkraft für jede Kindergartengruppe Kosten von ca. 700.000 € gesamt verursache. Inzwischen sei der Beruf einer Fachkraft in diesem Bereich ein gut bezahlter Job. Die Ausgestaltung müsse gleichwohl attraktiver und flexibler gestaltet werden. Das Rote Kreuz suche derzeitig Kooperationspartner für die Ausbildung von Fachkräften. Er rege daher an, einen Ausbildungsverband zu gründen.

Frau Meinig dankt Herrn Pollehn und Herrn Peest für ihre Ausführungen. Die Maßnahmen seien zukunftsweisend und würden sicherlich einiges an Geld kosten, aber sie seien lohnenswert. Die Verwaltung müsse im Hinblick auf die vergangenen Jahre gelobt werden, da sie viele Projekte wie u.a. Sprachförderung und Ausweitung von Verfügungszeiten angeschoben habe. Damit habe sie bereits zu einer Verbesserung der Bedingungen beigetragen. Das neue Kita-Gesetz sei enttäuschend, da es keine Qualitätsverbesserung mit sich bringe. Das Land Niedersachsen müsse unter Druck gesetzt werden, um die Bedingungen zu verbessern.

Herr Vasterling macht das Problem anhand eines Beispiels aus der Praxis deutlich. Er bittet den ca. 25-köpfigen Ausschuss, sich vorzustellen, dass er und Herr Gundlach jedem Einzelnen ein individuelles Angebot zur Förderung, aufbauend auf dem zu ermittelnden Stand, zu erstellen habe. Man könne sich vorstellen, wie viel Zeit dafür in Anspruch zu nehmen sei. Bekäme man eine Unterstützung in Form einer dritten Kraft, sei eine erhebliche Verbesserung zu verspüren, die dem Einzelnen zugutekäme. Die Arbeitszufriedenheit steige und ein Qualitätssprung sei zu verzeichnen, da eine bessere Organisation, Absprache und Abstimmung z.B. mit Urlauben vorhanden sei.

Herr von Oettingen fügt an, dass die Qualifikation des Personals eine Wertsteigerung beinhalte. Er schlage vor, dass auch Lehrer in Ausbildung während ihres Studiums ein Jahr in einer Kindertagesstätte arbeiten müssten, um die pädagogische Arbeit zu erlernen.

Frau Mikoleit weist darauf hin, dass Kindertagesstätten Bildungsorte seien. Die Erwartungen der Elternschaft und der Gesellschaft seien hoch. Das neue Kita-Gesetz überlasse jedoch den Trägern die Ausgestaltung und weise deutlich darauf hin, dass die Kindertagesstätten auf die Schule vorzubereiten hätten. Aus pädagogischer Sicht sei es ihr wichtiger, die Kinder auf das Leben vorzubereiten.

Frau Neitzel dankt der Verwaltung und schlägt vor, die Vorlage schnellstmöglich über den Verwaltungsausschuss im Rat entscheiden zu lassen.

Frau Gersemann unterstützt die Maßnahmen aus der Vorlage ebenfalls. Sie bittet um Abstimmung. **Einstimmig** ergeht folgender empfehlender

Beschluss:

- 1) Ergänzend zu den in den Kindergartengruppen in den Kindertagesstätten im Stadtgebiet der Stadt Burgdorf (Einrichtungen in**

städtischer und freier Trägerschaft) eingesetzten Kräften wird je Kindergartengruppe eine Zusatzkraft eingesetzt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen hierfür zu prüfen und die erforderlichen Maßnahmen für eine schnellstmögliche Umsetzung zu benennen und den Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

2) Die Verwaltung wird beauftragt, erforderliche Anpassungen der Betreuungszeiten mit Blick auf das Ziel der Sicherstellung von Betreuung in den Kernzeiten zu prüfen und vorzuschlagen.

**6. Anschaffung von mobilen Luftreinigern für Kitas und Schulen
Vorlage: M 2020 1406/4**

./.

**6.1. Anschaffung von Luftreinigern für Kindertageseinrichtungen, Antrag gem. Geschäftsordnung der Fraktion FreieBurgdorfer und der WGS-Fraktion vom 21.02.2021
Vorlage: A 2020 1406/5**

Herr Honnens von der Elterninitiative wird als Sachverständiger im Sinne des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) begrüßt.

Herr Nijenhof stellt seinen Antrag vor und geht auf die Vorlage M 2020 1406/4 ein. Diese sei nicht mutig genug, da es sich lediglich um Empfehlungen des Bundesumweltministeriums handele. Die Summe von höchstens 200.000 € für Luftreiniger sei im Vergleich zu den übrigen diesbezüglichen Kosten in Millionenhöhe verschwindend gering. Mit der Beschaffung Sorge man für die Zukunft der Kindertagesstätten. Luftfilteranlagen für die Gebäude seien zu aufwendig und teuer, aber die vergleichsweise günstigen Luftreiniger schützten sowohl Kinder als auch Mitarbeitende.

Herr J. Braun zeigt sich überrascht von dem Antrag. Dieselbe Diskussion habe man schon für die Schulen gehabt. Der Betrag von bis zu 200.000 € reiche bei weitem nicht aus, da Wartung und Filterwechsel nicht berücksichtigt seien. Die Verwaltung habe umfänglich recherchiert. Er habe Zweifel hinsichtlich der Wirksamkeit der Luftreinigungsanlagen.

Herr Kugel erläutert, dass die Recherche eine Expertise von Fachleuten darstelle. Sowohl Wartung als auch der Stromverbrauch müssten zusätzlich beachtet werden. Letzterer stelle einen Widerspruch zum angestrebten Klimaschutz dar. Es sei die richtige Entscheidung, die Luftreiniger nicht zu beschaffen, da die Erkenntnisse über die Wirksamkeit nicht ausreichend vorlägen. Das Lüften sei weiterhin notwendig und am effektivsten. Die Förder-Richtlinien des Landes würden lediglich eine Anmietung unterstützen, soweit nicht über die Fenster gelüftet werden könne. Es sei noch nicht an-

gezeigt, Luftreiniger zu erwerben, wenn eine Stoß- oder Querlüftung möglich sei.

Herr Honnens berichtet von 50 weiteren Unterstützern seiner Initiative. Die Elternschaft habe ein großes Interesse daran, die Qualität der Arbeit in den Kindertagesstätten zu steigern und die Mitarbeiter*innen zu schützen. Im Winter müsse weitaus weniger gelüftet werden und der Schutz vor Kälte greife. Im Sommer habe es in einer Einrichtung eine große Wespenplage gegeben, die ein Öffnen der Fenster verhindert habe. Auch hier wirkten die Luftreiniger optimal. Die Räume in den Kindertagesstätten seien zu klein für eine derart große Anzahl an Menschen. Er schlage vor, die Luftreiniger bei einem Anbieter in Lehrte zu ordern, der hochwertige Geräte vertreibe und der Stadt Burgdorf einen Nachlass von 30 % anbiete. Die Elternschaft biete eine finanzielle Beteiligung an. Es sei denkbar, ein Pilotprojekt zu starten, um Berührungsängste abzubauen.

Herr Nijenhof sieht die Haltung des Landes zur Frage des Einsatzes von Luftreinigern als armselig an. Es könne viel mehr Sicherheit für alle Beteiligten erreicht werden.

Frau Gersemann führt aus, dass alle Gruppenräume in den Kindertagesstätten quergelüftet werden könnten. Sie wendet ein, dass die Bewegungsräume jedoch keine derartige Möglichkeit besäßen. Es sei abzuschätzen, ob Luftreiniger für diese Räume einzusetzen seien.

Herr Nijenhof gibt an, dass die Bewegungsräume erst in einem zweiten Schritt zu prüfen seien.

Herr Kugel betont, dass auch Luftreiniger das Lüften über Fenster nicht ersetzen. Dem Problem mit Wespen müsse man von außen entgegenwirken. In neu zu errichtenden Gebäuden sei die Belüftung von Räumen als bauliche Voraussetzung aufgenommen worden.

Herr Pollehn erinnert an die Folgekosten von Luftreinigern wie Wartung, Unterhaltung und auch Entsorgung, da die Haltbarkeit begrenzt sei. Zudem müsse eine fachgerechte Installation erfolgen. Der hohe Ressourcenverbrauch wirke kontraproduktiv in Bezug auf den Klimaschutz.

Frau Ruhkopf weist darauf hin, dass in den Kindertagesstätten viele Haushalte ungeschützt zusammenkämen. Alles, was zum Schutz für die Fachkräfte und die Kinder beitrage, sei daher sinnvoll.

Herr Honnens betont, dass die Geräte nicht laut seien und somit die pädagogische Arbeit nicht störten. Zudem sei der Stromverbrauch äußerst gering. Eine Lüftung über die Fenster sei besonders im Winter mit einem verschwenderischen Umgang mit Heizenergie verbunden. Filter müssten nur alle 2,5 Jahre gewechselt werden. Die ausgehandelten Preise seien inklusive Lieferung, Aufbau und Beratung der Leitungen der Kindertagesstätten. Nebenwirkungen seien nicht vorhanden.

Herr Kugel wirft ein, dass eine Vergabe nur nach dem öffentlichen Vergaberecht möglich sei.

Frau Meinig weist darauf hin, dass das Engagement der Eltern sehr begrüßenswert sei und die Mitarbeiter*innen einer großen Belastung ausgesetzt seien. Man wolle alles dazu beitragen, um diese zu schützen. Sie sei jedoch nicht überzeugt von der Sicherheit der Geräte. Sie ersetzen das

Lüften nicht und könnten Infektionen nicht verhindern.

Herr Pollehn betont, dass die Geräte einer kritischen Hinterfragung zu unterziehen seien. In Kürze würden in der Kindertagesstätte wöchentlich 2 kostenlose Corona-Tests angeboten werden. Auch die Impfungen gingen voran.

Herr Honnens teilt mit, monatelang zu dem vorgeschlagenen Produkt recherchiert zu haben. Luftfilter könnten selbstverständlich keine direkte Ansteckung verhindern, aber sie schützten alle Übrigen. Man könnte sich nicht hinter den Nicht-Empfehlungen des Ministeriums verstecken. In Nordrhein-Westfalen seien die Luftreiniger im Einsatz und sorgten für eine Verlängerung der Lüftungsintervalle. Man wolle das Lüften nicht gänzlich ersetzen.

Herr Hinz hebt hervor, dass eine Entscheidung schwerfalle und schlägt vor, die Entscheidung im Verwaltungsausschuss zu treffen.

Herr Nijenhof fordert eine Abstimmung im Ausschuss für Jugendhilfe und Familie.

Frau Gersemann wünscht sich für die Diskussion im Verwaltungsausschuss eine Einbeziehung der Bewegungsräume. Auch soll die Darlegung der Verhinderung des Eindringens von Wespen im Sommer aufgenommen werden.

Anschließend bittet sie um Abstimmung. Bei jeweils einer Ja- und einer Nein-Stimme sowie 6 Enthaltungen wird der Antrag abgelehnt.

Lüftungspause: 19.15-19.25 Uhr

**7. Schwimmkompetenz stärken, Antrag gem. Geschäftsordnung der SPD-Fraktion vom 21.02.2021
Vorlage: A 2021 1521**

Frau Neitzel übernimmt für diesen Tagesordnungspunkt die Sitzungsleitung.

Frau Gersemann erläutert ihren Antrag und bittet um Nachsicht, dass sie das Südstadt-Bistro als Anbieter von Mädchen-Schwimmkursen in ihrer Auflistung vergessen habe. Sie bitte um Präzisierung des Antrags mit den Schlussworten „und umzusetzen“.

Herr Kugel erbittet eine Änderung des Wortlauts „mit den Grundschulen in Burgdorf“ in „mit den Schulen in Trägerschaft der Stadt Burgdorf“.

Herr Nijenhof unterstützt den Antrag. Allerdings sei das Problem nicht erst seit dem Coronavirus gegeben. Es sei problematisch, dass aktuell Zulassungen von Schwimmtrainern ausliefen und nicht neu ausgestellt werden könnten.

Frau Gersemann erläutert, dass der Virus die bereits kritische Situation verschärfe.

Herr Gundlach bedankt sich für den Antrag. Er selber bilde bereits seit 15 Jahren im Schwimmen aus. Der Ansturm sei nicht erst derzeit groß; entsprechende Wartelisten beliefen sich auf 2 und mehr Jahre. Auch die Gemeinden Uetze und Burgwedel ließen in Burgdorf ausbilden. Das Zertifikat zum Rettungsschwimmer laufe nicht aus. Hilfreich sei die Unterstützung durch die Burgdorfer Schulen.

Herr von Oettingen weist darauf hin, dass der Schwimmunterricht in der Astrid-Lindgren-Grundschule immer von einer Lehrerin begleitet werde. Das Schulschwimmen solle Vorrang haben.

Frau Neitzel bittet um Abstimmung. **Einstimmig** ergeht folgender

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, in enger Abstimmung mit den Schulen in Trägerschaft der Stadt Burgdorf zeitnah ein Konzept „Schwimmkompetenz stärken“ zu erarbeiten und umzusetzen.

**8. "Zuhause sicher" Antrag gem. Geschäftsordnung der Fraktion Freie Burgdorfer vom 15.01.2021.
Vorlage: A 2021 1523**

Herr Nijenhof erläutert seinen Antrag.

Herr Kugel weist darauf hin, dass die Stadt nicht nur Eigentümerin von Kita-Gebäuden sei. Es habe in den letzten 3 Jahren insgesamt 3 Einbruchsaktivitäten in Kindertagesstätten gegeben, bei denen Vandalismus an vorderster Stelle gestanden habe und nur einmal Bargeld zu erbeuten gewesen sei. Eine Garantie, Einbrüche zu verhindern, gebe es nicht. Er bitte darum, die Leitungen der Kindertagesstätten außen vor zu lassen.

Frau Gersemann bittet um Abstimmung. **Einstimmig** ergeht folgender

Beschluss:

Die Stadtverwaltung setzt sich im Rahmen der Zusammenarbeit von „Zuhause sicher e.V.“ mit der zuständigen Beratungsstelle der Polizei Hannover in Verbindung und verabredet mit ihr nach Möglichkeit Beratungstermine. Ziel ist es, in diesen Gesprächen klären zu lassen, welche Maßnahmen zum Einbruchschutz sinnvollerweise ergriffen werden sollen und welche Kosten hierbei zu erwarten sind.

9. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

./.

10. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

a) Herr Nijenhof erinnert an die beschlossene und wichtige Jugendvertretung. Die Konrad-Adenauer-Stiftung rege Bürgerräte an; dies sei auch auf Jugendliche übertragbar. Sie setzten sich bewusst nach dem Zufälligkeits-Prinzip aus Schüler*innen zusammen. Im Hinblick auf das nahende Ende der Wahlperiode sei Eile geboten.

Frau Gersemann merkt kritisch an, dass Jugendliche sich lieber projektorientiert einbrächten. Die Partizipation von Jugendlichen stehe hoch im Kurs. Bürgerräte auf Jugendliche zu übertragen halte sie für fragwürdig.

Herr Nijenhof betont, dass Bürgerräte keineswegs starre Konstruktionen seien. Man hole für eine kurze Zeit interessierte Jugendliche zusammen. Wenn einige davon dauerhaftes Interesse zeigten, hätte man sein Ziel erreicht.

b) Herr von Oettingen berichtet von dem erfolgreichen Projekt des „DRK-Aktivtreffs“ in der Wilhelmstraße. Rund 8.500 Interessierte trafen sich jährlich in Gruppen. Aktuell sei ein Bildband erstellt worden, den er dem Bürgermeister überreichen wolle.

Herr Pollehn bedankt sich und regt an, das Projekt weiterhin positiv zu betreuen.

c) Herr Hinz fragt den Stand der Planungen für Impfungen von Kindertagesstätten-Personal an.

Herr Peest erläutert, dass die Ausgestaltung der Impftermine über die Region Hannover laufe. Man sei im Gespräch und die Vorbereitungen liefen an.

d) Frau Meinig zeigt sich betroffen angesichts eines Zeitungsartikels hinsichtlich der Mehrfachnutzung des Skaterplatzes. Der Artikel habe die nicht corona-konforme Nutzung scharf kritisiert. Sie möchte wissen, ob der nicht mehr geschlossene Platz nicht durch mehrere Jugendliche gleichzeitig genutzt werden könne.

Herr Gohla teilt mit, dass seine Mitarbeiter*innen den Platz regelmäßig besuchten und auf die Corona-Regeln hinwiesen. Im Rahmen der Prävention sei man häufig vor Ort und habe das Geschehen im Blick.

Einwohnerfragestunde

./.

Geschlossen:

Erster Stadtrat

Ausschussvorsitzende

Protokollführerin